

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Quersstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2.)

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/4 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Jan. Die Oberpostamt-Zeitung proclamirt in ihrem vierzehnten „Politischen Briefe“ die Hegemonie Oesterreichs (Nr. 41). Zu früh und zu spät, wie uns scheint; zu früh, weil das Neujahrsgeschenk noch nicht vergessen ist, zu spät, weil seit den Tagen von Warschau und Olmütz Preußen offenbar einen Aufschwung genommen hat. Das alte traditionelle Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich hat sich in den letzten Jahren umgekehrt; Preußen hat harte Thaler und Handelsverträge, Oesterreich Papier und Projecte. Während Preußen dem Zollverein die neuen vortheilhaften Handelsverträge mit Hannover, Holland und Belgien zu bieten weiß, lockt Oesterreich mit dem Handelsgebiet von 70 Millionen, ausgedehnt über Holland, Belgien und Dänemark, einschließlich der „gewaltig“ consumirenden Ruthenen, Kroaten, Slowaken, Serben und Walachen etc., der österreichischen Grenzländer, des Tabacksmopols und des Papiergeldes. Wir haben ja ähnliche Projecte schon einmal erlebt. Als Preußen die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten allein in der Hand hielt, Oesterreich aber seinen Gesandten in Kopenhagen ließ, da hieß es von Wien aus: „Ja, freilich Preußen ist zu schwach, aber wenn Oesterreich die Sache zu Handen nimmt, so tritt ganz Dänemark zum Deutschen Bunde und wir erhalten so auch eine treffliche Flotte!“ Nun, wir haben ja gesehen, wie viel die Oesterreicher in Holstein dem Lande aufgehohlet haben! Sodann ist Preußen seit dem 2. Dec. und 1. Jan. der einzige constitutionelle Großstaat des Festlandes, an ihn knüpfen sich alle Wünsche und Hoffnungen Derjenigen, welche überhaupt einen Rechtszustand in Europa ersehnen, weil sie einsehen, daß Reaction und Revolution sich gegenseitig gebären und Willkür von der einen Partei nur größere Willkür der andern Seite bei dem unausbleiblichen Umschwung der Verhältnisse herbeiführt. Diese Betrachtung vergriffen bei solchen, welche an der unvergänglichen Idee und Mission eines Staats festhalten, welche Wächter auch im vorübergehenden Augenblick an der Spitze dieses Staats stehen mögen.

Berlin, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der II. Kammer kam der Commissionsbericht über den Antrag des Abg. Beseler und Genossen: Die Kammer wolle erklären: „daß durch die Theilnahme der preussischen Regierung an der zu Frankfurt a. M. zusammengetretenen Bundesversammlung die Souveränität der Krone Preußen und die Wirksamkeit der preussischen Verfassung in keiner Weise haben beschränkt werden können; daß insbesondere die Beschlüsse dieser Bundesversammlung, insofern sie eine Abänderung der Verfassung oder der Geseze Preußens enthalten oder dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegen sollten, ohne die Zustimmung der Kammern für Preußen unwirksam sind“ zur Berathung. Die Commission beantragt, über den Antrag die Tagesordnung in der Erwägung aufzunehmen, „daß die königliche Regierung durch Theilnahme an der wieder zusammengetretenen Bundesversammlung nur ein zuständiges Recht geübt habe, daß die Souveränität der Krone Preußens und die Wirksamkeit der preussischen Verfassung dadurch nicht gefährdet sei, und daß es endlich der Kammer allein entspreche, die concreten Rechte und Interessen des Landes wahrzunehmen“. Abg. Seppert und Genossen beantragen die Tagesordnung „in Erwägung, daß bei den von der Bundesversammlung zu fassenden Beschlüssen die Wahrung der Souveränität der Krone Preußen wie der verfassungsmäßigen Rechte des Landes der königlichen Regierung obliege und von derselben erwartet werden müsse, die Kammer auch ihrerseits zu einer Erklärung erst dann Veranlassung habe, wenn sie die verfassungsmäßigen Rechte gefährdet glaube“. Neben diesem Verbesserungsantrage war noch folgender vom Abg. Simson eingebracht: „In Erwägung, daß die allgemeine Pflicht der Kammer ist, sich nur über nützliche und notwendige Dinge zu beschäftigen, der Bundestag in Frankfurt aber nicht zu den nützlichen und notwendigen Dingen gehört, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Graf Dyhrn eröffnet die Debatte. Er hält gerade bei dieser Discussion die Sympathie und Antipathie, gegen die Ansicht des Berichterstatters, an der geeigneten Stelle; er rechnet den Bundestag auch zu den unnützen und unnöthigen Sachen. Der neue Bundestag erregt in dem Redner den Schmerz als Preusse vornehmlich, er hält denselben für die Unterwerfung Preußens unter Oesterreich. Officiell ist von der Existenz des letztern die Kammer noch nicht unterrichtet, aber er besteht thatsächlich, wie es die jüngsten Maßnahmen bezeugen. Der Redner schildert die Stellungen Preußens und Oesterreichs im Jahre 1849 und die im Jahre 1851. Diese günstige Stellung Preußens ist aufgegeben worden, um mit der Revolution zu brechen. Was heißt aber Oesterreich gegenüber mit der Revolution brechen? Nicht bloß mit dem Jahre 1848, sondern auch mit 1740, 1640, d. h. mit dem Großen Kurfürsten und dem Großen Friedrich, d. h. mit der Geschichte und der Ehre Preußens brechen. Der Hofburg ge-

genüber sind diese beiden größten Männer Preußens die größten Revolutionäre. Oesterreich rückt nun gegen den letzten Hort deutscher Einheit, gegen den Zollverein, und bei dieser Thatsache schlägt die Commission die Tagesordnung vor, allerdings mit Gründen, welche der Redner widerlegt. Gegen das Motiv der Commission, daß es der Kammer allein entspricht, die Rechte und Interessen des Landes wahrzunehmen, hält der Redner den Act des Ausschheidens der preussischen Provinzen aus dem Deutschen Bunde, welcher wol die Interessen der Kammer betrifft. Abg. Reichensperger, welcher in der Commission die motivirte Tagesordnung in einer andern Fassung vorgeschlagen, sich jedoch in der Minorität befunden hat, vertheidigt dieselbe. Die Hauptfrage ist: ist dieser Bundestag eine neue Schöpfung oder die Reaktivierung des alten? Der Redner entscheidet sich für das Letztere. Wenn also nun Preußen, da es nichts Neues liefern konnte, in den alten Bundestag eintrat, hat es nicht nur seinem Rechte, sondern auch der Pflicht genügt. Er glaubt, dem Beseler'schen Antrage habe die Tendenz zu Grunde gelegen, der Bundesversammlung und der preussischen Regierung eine Lektion zu geben, hält jedoch die jetzige Zeit gar nicht geeignet für ein solches Streben. Er sieht in dem neuen Bundestage nicht eine Unterwerfung Preußens unter Oesterreich, sondern einen Sieg des Rechts über den Irrthum. Aus rechtlichen und factischen Gründen stimmt er gegen den Antrag Beseler's. Abg. v. Vincke erklärt sich gegen die Ansicht des vorigen Redners, daß der Bundestag rechtlich fortbestand. Wenn dieser also eine neue Schöpfung ist, so hätte die Regierung vor dem Beitritte die Zustimmung der Kammern einholen müssen, um so mehr, als dadurch eine Beschränkung der preussischen Souveränität bedingt würde. Der Redner hält dieses Interesse der Kammer außerdem für sehr berechtigt, da die Kammer, indem sie den Staatshaushaltsetat zu prüfen habe, mit den Matricularbeiträgen in Beziehung treten, außerdem die Verwendung des preussischen Heeres auf Befehl des Bundestags gerade eine Angelegenheit ist, welche eine Einmischung der Kammern wol erklärlich macht. Aber auch unsere häuslichen Angelegenheiten sind durch die Schöpfung des neuen Bundestags gefährdet. Gerade zu den glorreichsten Zeiten Preußens ist kein friedliches Verhältnis zwischen diesem und Oesterreich gewesen, welches der Vortredner so eifrig gewünscht hat. Abg. v. Vincke erklärt sich darauf gegen die motivirte Tagesordnung der Commission, ebenso gegen die des Abg. Seppert. Schließlich bittet der Redner, dem Beseler'schen Antrage beizutreten. Ministerpräsident v. Manteuffel: Preußen hat seit dem Entstehen des Bundestags sich nicht in schmachtvoller Lage befunden und soll es nie sein. Die Lage von Preußen ist keine ungunstige. Daß es etwas Besseres für Deutschland geben könne, wer möchte es beweisen, aber daß es nicht erreichbar, zeigen die Bemühungen Preußens. Ob Oesterreich wirklich feindselige Gesinnungen gegen uns hat, ist hier nicht der Ort zu untersuchen; daß zwischen zwei großen nebeneinander bestehenden Staaten eine Meinungsverschiedenheit auftreten kann, ist klar, aber kein Staatsmann darf daraus einen langen Hader machen. Aber selbst einer solch feindseligen Gesinnung wäre der Bundestag kein günstiger Boden. Man hat uns zum Vorwurf gemacht, daß die österreichischen Soldaten im Norden Deutschlands sind, man wird uns wiederum den Vorwurf machen, wenn sie jetzt abziehen. Das Ministerium wird nie vergessen, daß es am besten für Deutschland sorgen heißt, wenn man für Preußen sorgt. Abg. v. Bodelschwingh weist die Erregung des Nationalstolzes, wie sie durch die Rede des Abg. Grafen Dyhrn geschehen, als ganz ungeeignet mit Entrüstung zurück. Er wünscht, daß Preußen mit Oesterreich Hand in Hand gehe, dann mögen die Feinde kommen, woher sie wollen. Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Die Sitzung wird auf morgen 10 Uhr vertagt.

Berlin, 29. Jan. Man hört mehrfach, daß der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen für eine hohe militärische Stellung am Rhein bestimmt sei und seine Residenz in Düsseldorf nehmen werde. — Die schon für jetzt in Aussicht gestellte Rückkehr des für Oesterreichs Handelspolitik so thätigen Ministerialraths Dr. Hoß nach Frankfurt möchte nicht erfolgen. Wir hören vielmehr, daß nach Beendigung der Wiener Handelsconferenz Hrn. Hoß Aufträge seiner Regierung zunächst an einige mitteldeutsche Höfe führen werden. — Die thüringischen Regierungen werden jetzt sammt und sonders energisch mit der Revision ihrer Verfassungen vorschreiten. Die Landesvertretung in jenen Staaten hat so viel von ihren frühern oppositionellen Elementen eingebüßt, daß die Revisionen auf verfassungsmäßigem Wege werden herbeigeführt können, ohne daß die Autorität des Bundestags in Anspruch genommen wird.

— Aus Liegnitz vom 27. Jan. schreibt die Schlesische Zeitung: Der blutige Act vom 25. Jan. Abend (Nr. 47) bildet zur Zeit die Hauptunterhaltung in unserer Stadt. Wie sich die Sache nunmehr herausstellt, ist das anwesende Militär durch die Civilisten beleidigt und mittels man-